

BI LU c/o Hartwig Daniels, Martin-Luther-Str. 24, 55131 Mainz

Beigeordnete Katrin Eder
Bürgermeister Günther Beck
Rathaus

55028 Mainz

Mainz, den 19. Mai 2014

Offener Brief

Geplante Millionensubvention der Stadt Mainz an ECE

Sehr geehrte Frau Beigeordnete Eder, sehr geehrter Herr Bürgermeister Beck,

den bis in dieses Jahr hinein unter Verschluss gehaltenen Verhandlungsprotokollen der Stadt mit ECE haben wir entnommen, dass der externe Rechts- und Strategieberater der Stadt, Dr. Deutsch, von der Verwaltung beauftragt wurde, einen Vorschlag zu einer „Verzichtssatzung“ auszuarbeiten. Sie soll zum Ziel haben, dem Investor die gesetzlich vorgeschriebene Ablösesumme für die Stellplätze (STP) zu schenken, die im Zusammenhang mit dem Bauvorhaben am Standort Karstadt anfallen würde. Das Landesbaurecht und die Stellplatzverordnung sehen hier eine Zahlungsverpflichtung des Investors vor, die sich auf bis zu fast 10 Millionen Euro belaufen kann. Im Protokoll v. 30.11.2012 wird vermerkt, dass ECE „nicht bereit wäre, die nach Landesbauordnung erforderlichen STP, die evtl. über die Anzahl von 400 STP hinausgehen könnten, abzulösen.“ Gründe der Weigerung werden in keinem der Protokolle oder in Anlagen angeführt.

Erst die mit Hilfe des LIFG erzwungene Offenlegung der Protokolle ließ diesen Vorgang bekannt werden. Die Verhandlungsführer der Stadt hatten den Protokollen zufolge weder Rat, noch Gremien, noch Sie als betroffene Dezernenten vorher über diese Absichten informiert. Den Protokollen ist auch zu entnehmen, dass diese Informationspolitik mit ECE abgestimmt worden war. Beauftragt wurde daher der (teure) externe Berater und nicht das Rechtsamt der Stadt.

Die Bereitschaft zu einer versteckten Subvention wurde von OB Ebling in den Medien damit begründet, dem Investor gegenüber sei diese gesetzliche Zahlungspflicht „unfair“; die Stadt habe die Zahl der Stellplätze begrenzt, obwohl ECE viel mehr bauen wollen. In einer Beschlussvorlage für den Stadtrat vom *April 2011* wird jedoch auf die Planung von ECE verwiesen: ECE möchte 420 STP bauen. Die Stadt erklärte sich damit in der Beschlussvorlage ausdrücklich einverstanden. Diese Billigung

durch die Stadt findet sich dann in den Leitlinien (Okt. 2012) als Vorgabe für das Bauleitverfahren wieder, eine Regelung, die von der BI Ludwigsstraße ausdrücklich begrüßt wird.

Der Anspruch nach Landesbaurecht und Stellplatzverordnung bleibt aber von solchen Zahlenspielen ohnehin unberührt, da die Zahlung eines Ablösebetrages genau für den Fall vorgesehen ist, der jetzt eintreten würde: Aufgrund einer städtischen Satzung und/oder örtlicher Gegebenheiten kann die geforderte Zahl von STP nicht gebaut werden. Dies entspricht der in den Protokollen dokumentierten Einschätzung der Verwaltung und wurde uns zwischenzeitlich von verschiedenen Seiten bestätigt, zuletzt von RA Dr. Eckardt auf unserer Veranstaltung vom 6. Mai mit Vertretern der Fraktionen.

Da die Einnahmen aus der Stellplatzablöse bekanntlich zweckgebunden in den Verkehrsetat einfließen, würde hier ein Schaden in Millionenhöhe entstehen: Mittel, die dringend für verkehrspolitische Aufgaben der Stadt benötigt werden. Da unumgängliche verkehrspolitische Investitionen dann zu Lasten anderer städtischer Ausgaben, etwa im Sozialbereich, finanziert werden müssten, wäre bei vielen Mainzern das Verständnis für das Geschenk an ECE vermutlich sehr gering.

Auch wären diese Subventionspläne nicht gegenüber Bürgern zu rechtfertigen, die gesetzestreu die STP-Ablöse gezahlt haben. Diese Menschen haben damit u.a. Erstellung und Unterhalt der Parkraumreserven in den umliegenden Parkhäusern sowie die ÖPNV-Erschließung mit finanziert, die jetzt für eine ECE-Mall benötigt würden. Sie haben einen Anspruch auf Gleichbehandlung.

Die Stadt hat trotz anhaltender öffentlicher Diskussion bis heute nicht von ihren Plänen Abstand genommen. Nicht nur die ADD / Kommunalaufsicht wird sich ggf. mit diesem Vorhaben befassen müssen, es ist zudem damit zu rechnen, dass die vorgesehene wettbewerbsverzerrende Subvention an ein Großunternehmen - wie schon einmal - die EU-Kommission auf den Plan ruft, und diese wiederum die Stadt Mainz nach dem EU-Wettbewerbsrecht zur Rückforderung der Subvention verurteilen könnte. Seinerzeit belief sich die Höhe der Subvention nur auf ein Viertel dessen, was jetzt geplant ist.

Wir bitten Sie freundlich um eine Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüßen

Die Sprecher der Bürgerinitiative Mainzer Ludwigsstraße

Vera Mohr

Dagmar Wolf-Rammensee

Hartwig Daniels

BI LU c/o Hartwig Daniels, Martin-Luther-Str. 24, 55131 Mainz

Beigeordnete Katrin Eder
Bürgermeister Günther Beck
Rathaus

55028 Mainz

Mainz, den 2. Juli 2014

Offener Brief, unser Schreiben vom 19. Mai

Sehr geehrte Frau Beigeordnete Eder, sehr geehrter Herr Bürgermeister Beck,

wir möchten sie freundlich an unser Schreiben vom 19. Mai erinnern. Für den Fall, dass unsere Mail und unsere Briefpost Sie nicht erreicht haben sollten, haben wir den ‚Offenen Brief‘ noch einmal beigefügt.

Mit freundlichen Grüßen
Für die Sprecher der Bürgerinitiative Mainzer Ludwigsstraße
Vera Mohr, Dagmar Wolf-Rammensee und Hartwig Daniels

Hartwig Daniels

BI LU c/o Hartwig Daniels, Martin-Luther-Str. 24, 55131 Mainz

Beigeordnete Katrin Eder
Bürgermeister Günther Beck
Rathaus

55028 Mainz

Mainz, den 25. Juli 2014

Offener Brief, unsere Schreiben vom 19. Mai und vom 2. Juli 2014

Sehr geehrte Frau Beigeordnete Eder, sehr geehrter Herr Bürgermeister Beck,

die Verhandlungsführer der Stadt haben zu Beginn der Verhandlungen mit ECE den Auftrag an den externen Rechts- und Strategieberater der Stadt, Dr. Deutsch, gegeben, eine Verzichtssatzung zum Erlass der Stellplatzgebühren für ECE zu erarbeiten, nachdem ECE sich geweigert hatte, der gesetzlichen Pflicht nachzukommen. Näheres konnten Sie unserem Schreiben vom 19. Mai entnehmen.

Wir gehen davon aus, dass die Stadtspitze weiterhin an der Verzichtssatzung festhält, da der Auftrag bis heute unwidersprochen geblieben ist.

Diese Einschätzung wird für uns auch dadurch bestätigt, dass Sie weder auf unser Schreiben vom 19. Mai noch auf unsere freundliche Erinnerung vom 2. Juni reagiert haben.

Wir bedauern, dass ausgerechnet Sie als Politiker der Grünen offensichtlich nicht an einem Dialog mit Bürgern interessiert sind, die sich berechnete Sorgen um die finanziellen Belange unserer Stadt machen und für die Bürgerbeteiligung und Transparenz des Verwaltungshandelns nicht nur wiederkehrendes Wahlkampfgetöse ist.

Wir planen im August ein Pressegespräch u.a. zu diesen Themen. Vorher möchten wir Ihnen noch einmal die Gelegenheit geben, auf unseren Offenen Brief zu reagieren, damit wir mit einer abgesicherten Einschätzung an die Öffentlichkeit gehen können.

Ihre Reaktion erbitten wir bis zum Donnerstag, den 7. August.

Mit freundlichen Grüßen
Die Sprecher der Bürgerinitiative Mainzer Ludwigsstraße
Vera Mohr, Dagmar Wolf-Rammensee und Hartwig Daniels



Stadtverwaltung Mainz | Dezernat II | Postfach 3820 | 55028 Mainz

Bürgerinitiative Mainzer Ludwigstraße e.V.
c/o Hartwig Daniels
Martin-Luther-Straße 24
55131 Mainz

Günther Beck
Bürgermeister

Postfach 3820
55028 Mainz
Rathaus | Zimmer 295
Jockel-Fuchs-Platz 1

Tel 0 61 31 - 12 20 30
Fax 0 61 31 - 12 20 29
guenter.beck@stadt.mainz.de
www.mainz.de

Mainz, 22.07.2014

Offener Brief, Ihr Schreiben vom 19. Mai 2014

Sehr geehrte Mitglieder der Bürgerinitiative,
sehr geehrter Herr Daniels

Ihren Offenen Brief haben wir erhalten. Die Themen „Stellplatzablöse“ und „Verzichtssatzung“ sind uns bekannt.

In eine inhaltliche und rechtliche Diskussion möchte ich nicht einsteigen, seien Sie aber gewiss, dass Frau Eder wie auch ich und unsere Fraktion das Thema weiterhin im Interesse der Stadt Mainz verfolgen werden.

Aufgrund der neuen Gegebenheiten ist meines Erachtens die weitere Entwicklung abzuwarten, die evtl. auch neue Zahlen und Fakten mit sich bringt.

Mit freundlichen Grüßen


Günther Beck
Bürgermeister